

GEORG MEGGLE

**Reflexionen über „Das Manifest der 25“**

„Freundschaft und Kritik. Das „Manifest der 25“ (Frankfurter Rundschau, 15. November 2006)<sup>i</sup> plädiert dafür, dass „die ‚besonderen Beziehungen‘ zwischen Deutschland und Israel überdacht werden müssen.“ Das Manifest hält einerseits an der *Freundschaft* zwischen Deutschland und Israel mit Nachdruck fest (will das zumindest) – und besteht zugleich darauf, dass diese Freundschaft mit Kritik an der Politik Israels, speziell an dessen Nahost- und Palästinapolitik, voll verträglich sei, wenn nicht gar nach einer solchen Kritik geradezu verlange. Eine Fortsetzung der bisherigen Politik Israels könne weder im langfristigen Interesse Israels selbst sein; noch werde Deutschland, wenn es dieser Politik weiterhin unkritisch Vorschub leiste, seiner besonderen – aus dem Holocaust resultierenden – moralischen Verantwortung wirklich gerecht.

Hinter dem Manifest steht die Sorge um Israels Zukunft. Darin weiß sich das Manifest mit vielen anderen Initiativen verbunden. Zu diesen Initiativen gehören zunehmend auch jüdische: In England und Australien haben sich zum Beispiel erst vor kurzem zwei Gruppierungen mit dem erklärten Ziel gegründet, die jüdische Stimme auch in Abweichung von den Positionen ihrer offiziellen zentralen Landesräte öffentlich stärker zu Gehör zu bringen. Die wichtigste deutsche jüdische Initiative ist *Schalom 5767*, ein nahezu zeitgleich mit dem 25er Manifest publizierter Aufruf. (Ich bewundere Rolf Verleger, den Initiator dieser Erklärung; und ich glaube, dass jeder, dem das Schicksal Israels und das von Palästina am Herzen liegt, diese Erklärung unterschreiben sollte.)<sup>ii</sup>

Die meisten der 25 Manifest-„Autoren“ – und viele der weiteren Unterstützer – kommen aus der Szene der deutschen Friedens- und Konfliktforschung. Sie sind es daher gewohnt, angeblich regionale Konflikte (um mit Johan Galtung zu reden) zu ‚transzendieren‘, d.h. sie im umfassenderen Kontext zu sehen. Das liegt beim Nahost-Konflikt besonders nahe. Der Nahost-Konflikt ist gewiss einer *der* Konflikte, bei denen potentiell das Schicksal der ganzen Welt auf dem Spiel steht. Auch das mag die Tiefe der Besorgnis verständlich machen, mit der weltweit einige kritische Geister – darunter auch unsere Manifest-Autoren – auf Israels (wohl keineswegs) letzten Libanonkrieg reagiert haben. Diese Denker dachten dabei auch an den angedrohten Krieg gegen den Iran. Ich selbst verstand den prima facie unsinnigen 2. Libanonkrieg vom Juli/August letzten Jahres so, dass dieser Krieg (wenn man die amerikanisch/israelische Perspektive einnimmt) nur als eine notwendige Vorbereitungsaktion auf den bereits anvisierten Irankrieg einen nachvollziehbaren Sinn macht. Kommt es zu diesem Krieg, dann hängt in der Tat das Schicksal von Israel an einem seidenen Faden.

Es gibt in diesem Kontext eine Menge Fragen, die mich nachdenklich stimmen. Zum Beispiel diese:

- Warum bedurfte es erst eines weiteren Krieges, ehe sich auch in Deutschland ein paar kritische Stimmen gegen die derzeitige ‚westlich‘/israelische Nahost-Politik erhoben? Brauchten wir wirklich erst den Libanonkrieg im Norden Israels, um auf die verfehlte Politik Israels auch im Osten und Süden, d.h. in Palästina aufmerksam machen zu können?

- Und: Mir fällt auf, wie groß der Unterschied ist im Verhalten unserer Friedensbewegungen in den Monaten vor dem Beginn des Irakkrieges (März 2003) einerseits und während der derzeitigen Iran-Kriegs-Vorbereitungen andererseits. Haben Sie für diesen Unterschied eine brauchbare Erklärung?
- Wir haben für die palästinensischen Gebiete zu Recht Demokratie gefordert. Mit welchem Recht ignorieren wir dann heute immer noch das Ergebnis der dortigen demokratischen Wahlen vom Januar 2006?
- Und schließlich: Auf Drängen Saudi-Arabiens hat die Arabische Liga Israel einen umfassenden Frieden angeboten. Das sei, heißt es am 1. Tag zu Recht, eine ‚Revolution‘. Drei Tage später ist diese Revolution unseren Medien kein weiteres Wort wert. Warum?

Fragen über Fragen. Fragen, die, wenn man sie erst einmal gestellt hat, zu weiterem Nachdenken führen.

Ich bin Philosoph. Schon von Berufs wegen lasse ich mir somit weiteres Nachdenken von niemandem verbieten. Von daher erschien mir, als ich zur Mitautorschaft an dem Manifest gebeten wurde, dessen Kernthese „Neues Überdenken ist geboten“ zunächst einmal schlicht und einfach als trivial.

Das sehen andere offenbar anders. Zumindest dann, wenn es nicht um irgendjemandes Nachdenken über irgendein Thema geht, sondern um das Nachdenken

- (a) eines Deutschen
- (b) über das Thema der Holocaust-induzierten Besonderheit der deutsch-israelischen Beziehungen.

Um die erste Denk-Beschränkung, die speziell für Deutsche, kümmere ich mich nicht weiter, obwohl man solche Dinge, wie dass man als Deutscher zu bestimmten Themen besser schweige, sehr oft zu hören bekommt – vornehmlich von Seiten Deutscher selbst. Dazu ist nur dies zu sagen: Wer wirklich der Ansicht ist, dass man als Deutscher etwas, was Nicht-Deutsche tun dürfen, schon allein deshalb nicht tun darf, weil man Deutscher ist, der vertritt damit eine Position, die per definitionem diskriminierend, wenn nicht gar ‚rassistisch‘ ist. Und gewiss ist ein anti-deutscher Rassismus um nichts besser als irgendein anderer. (Auch dies zu bestreiten, wäre seinerseits schon wieder ‚rassistisch‘.)

Viele Leser haben auf das Manifest mit so etwas wie einem Gefühl der Dankbarkeit reagiert. Einige wollen bei der Lektüre sogar so etwas wie das Gefühl einer befreienden Erleichterung empfunden haben. Das freut mich, *falls* diese Befreiung tatsächlich die von dem soeben charakterisierten anti-deutschen ‚Rassismus‘ ist. Für eine gute Beziehung ist der Glaube an die eigene Minderwertigkeit keine gute Basis. Nicht wahr?

Bleibt also (b): das Thema der Holocaust-induzierten Besonderheit unserer Beziehungen zu Israel. Gibt es für ein Nachdenken über dieses Thema Beschränkungen? Ich sehe keine. Keine im Sinne von wirklich rational begründbaren Denk-Verboten.

Aber: Es gibt bei diesem Thema psycho-soziale Beschränkungen, extrem starke Artikulations- und somit letztlich auch Denk-Hemmungen, die viel wirksamer sind als alle denkbaren Denkverbote. Stichwort: **Traumata**. Sie alle kennen das Wort. Und viele von uns mit Sicherheit nicht nur das Wort.

Die Worte, die mich (und einige andere Autoren, die ich persönlich kenne, bestätigten das auch für sich) von allen Reaktionen auf das Manifest hin am tiefsten verletzt haben, sind die, die zuerst von Michael Wolffsohn gebraucht, dann von Micha Brumlik aufgegriffen und seitdem immer wieder mal eingesetzt worden sind – und die wir wohl noch öfters zu hören bekommen werden: „Wer solche Freunde hat [gemeint sind wir, die Manifest-Autoren], braucht keine Feinde mehr!“. Ist eine brüskere Zurückweisung denkbar? So also macht man sich aus Freunden Feinde! Muss dem so sein? Warum in aller Welt will mich Micha zum Feind? (Keine Sorge: Ich werde den Teufel tun, ihm diesen Wunsch (?) zu erfüllen!) Wie anders dagegen der ehemalige Vizepräsident der Knesset, Dov Ben Meir, der den Manifest-Autoren, ehe er seine Einwände vorbringt, „für die Offenheit und Aufrichtigkeit“ dankt, mit der diese „ihre Meinung zum Ausdruck gebracht haben. Denn nur Offenheit und Aufrichtigkeit“, so Dov Ben Meir, „können eine intellektuelle und offene Diskussion der Probleme ... ermöglichen.“<sup>iii</sup> (DIP. Streitschriften, S. 377).

\*

Nun zu eben dieser Meinung selbst, d.h., zum *Inhalt des Manifests*. Meiner Profession folgend, werde ich mir dabei vor allem dessen *wertende Aspekte* vornehmen. Und zwar, obwohl ich das Manifest ja selbst mitgetragen habe, auch durchaus kritisch.

Das Manifest – man hätte es, wie im Programm für diese Abendveranstaltung geschehen, seiner Länge und seiner argumentativen Komplexität wegen in der Tat besser als ein „Memorandum“ bezeichnen sollen – wirft drei große Fragen auf (S.367, 2. Absatz):

- „1. Ist es angemessen und sinnvoll, die „freundschaftliche Beziehung“ [...] weiterhin als [eine] „besondere“ [...] zu pflegen?
2. Steht Deutschland aufgrund des Holocaust wirklich nur bei Israel in der Pflicht im Nahen Osten?
3. Und was bedeutet es für den binnendeutschen Diskurs, [...] wenn diese beiden Fragen ernsthaft gestellt werden?“

**Zur Frage 2** zuerst, zu der also, ob Deutschland – aufgrund des Holocaust – im Nahen Osten *nur* bei Israel in der Pflicht ist. Dass Deutschland gegenüber Israel aufgrund des Holocaust in der Pflicht steht, setzt das Manifest einfach voraus. Das tue ich an dieser Stelle auch.<sup>iv</sup>

Die Position des Manifests: Auch die Holocaust-induzierten Pflichten Deutschlands gegenüber Israel können keine unbeschränkten sein. Das wären sie nur dann, wenn Deutschland nicht auch noch Pflichten gegenüber anderen hätte. Dem ist aber so. Denn: Deutschland hat auch Pflichten gegenüber der arabischen Bevölkerung des früheren Palästina, gegenüber den Palästinensern. Und zwar Pflichten, die ebenfalls aus dem Holocaust resultieren.

Es versteht sich von selbst, dass diese These besonders heftig attackiert wird, trägt sie doch die Möglichkeit in sich, jede „uneingeschränkte Solidarität“ gegenüber Israel zu untergraben.

Im Manifest finden sich für diese zentrale These im wesentlichen *zwei Argumente*: Das Kausalitäts-Argument und das Rechtfertigungs-Argument, wie ich sie nennen möchte.

Das erste Argument, das Kausalitäts-Argument, besagt: Deutschland hat auch den Palästinensern gegenüber eine spezielle moralische Verantwortung, weil auch deren Leiden kausale Wirkungen des Holocaust sind. Die moralische Verantwortung ergibt sich nach diesem Argument direkt aus der kausalen. Die betreffende Kausalkette hat zwei Glieder:

(K1) Ohne den Holocaust wäre es nicht zu dem „gegen die arabischen Staaten gefasste[n] Beschluss der Vereinten Nationen“ und zur Gründung des Staates Israel gekommen;

(K2) und ohne diese Staatsgründung auch nicht zur Vertreibung von 700.000 Palästinensern und dem daraus resultierenden Elend.

Also:

(K) Ohne den Holocaust keine Vertreibungen und nicht deren Folgen bis heute.

Diese Argumentation war und ist natürlich extrem holzschnittartig. Historische Einwände dagegen ließen nicht auf sich warten. Gegen (K1): Den Staat Israel gäbe es auch ohne den Holocaust. Zitiert wird hierfür oft die Feststellung von Yehuda Bauer, wonach es den Staat Israel nicht *wegen*, sondern gerade *trotz* des Holocaust gebe.<sup>v</sup> Hätte der Krieg der Alliierten gegen die Nazis noch ein Jahr länger gedauert, hätte es keine Überlebenden gegeben – und so auch nicht mehr die *Displaced Persons*, die für die Staatsgründung Israels eine so große Rolle gespielt haben. Und gegen (K2): Nicht die Staatsgründung Israels führte zur Vertreibung der Palästinenser, sondern erst die Tatsache, dass die Armeen der umliegenden Länder sofort nach der Ausrufung dieses Staates über ihn hergefallen sind.

Beide Gegenargumente sind nun zwar keineswegs durchschlagend. So kann man im zweiten Fall die Ursache-Wirkungskette doch leicht wieder dadurch herstellen, wenn man ein weiteres Kausalglied einfügt und berücksichtigt, dass der Angriff der arabischen Nachbarn auf Israel seinerseits erst durch die Ausrufung des Staates Israel provoziert worden ist. Nach dem simplen Schema: Ohne Gründung des Staates auch kein Angriff auf diesen. Und was das erste Gegenargument, speziell Yehuda Bauers „nicht *wegen*, sondern *trotz*“-Argument angeht: Natürlich hat, wer den Holocaust als mitentscheidend für die UN-Resolution von 1947 und die israelische Staatsgründung 1948 anführt, den *tatsächlichen* Verlauf des Holocaust vor Augen, nicht die bei einer späteren Niederlage Nazideutschlands vollendete Endlösung. Damit ist aber Bauers „*trotz* des Holocaust“ in der Beschreibung des Holocaust als einer Mitursache der israelischen Staatsgründung bereits enthalten, widerspricht dieser Ursachenbehauptung also überhaupt nicht.

Gleichwohl: Dass all diese historischen Folgeverhältnisse nach einer komplexeren Darstellung verlangen, dem stimmen die Manifest-Autoren ohnehin zu. Ein komplexeres Bild hat inzwischen unser Mitautor Gert Krell in seinem ebenfalls von der FR dokumentierten Beitrag *Die Last der Geschichte* (25.04.2007) skizziert. Krells Hauptargument: „Wenn man ... mit historischen Ursachen argumentiert, dann müssen auch andere [im Manifest in der Tat nicht deutlich genug herausgestellte] Voraussetzungen erwähnt werden; an erster Stelle der europäische Nationalismus und Antisemitismus, aber auch Kolonialismus und Imperialismus“

„In diesem ganzen Komplex“ sieht Krell auch „gegenüber den Palästinensern die Hauptschuld ‚des Westens‘ (hier im Sinne von Okzident; [Krell rechnet hier ‚Zionismus und Israel, auch Russland dazu‘), der seine Unfähigkeit zu einer friedlichen und dauerhaften Integration aller seiner jüdischen Mitbürger an ‚den Süden‘ (hier: den Orient) delegiert hat.“ „Aber das ändert nichts“, so Krell weiter, „an der weitaus größeren Schuld des (nicht-jüdischen) ‚Westens‘,

hier in Gestalt Nazi-Deutschlands und seiner Helfershelfer gegenüber den Juden. Vertreibung oder Ermordung sind ein Unterschied ums Ganze, nämlich um das Leben“

Bedenkenswert finde ich des Weiteren den Gedanken Krells, „ob nicht auch eine Haltung gegenüber dem Nahost-Konflikt tragfähig sein könnte, die das historische Erbe ausklammert [ich würde hier lieber „einklammert“ sagen] und sich auf die Verantwortung beider Seiten für die aktuellen Konflikte konzentriert. ... Warum reicht [als Basis unserer moralischen Verpflichtungen] nicht die Sorge um Israels Sicherheit, um alle Menschen in der Region, insbesondere auch um die extrem schwierige, teilweise verzweifelte Lage der Palästinenser“?<sup>vi</sup>

Wie diese Debatte zeigt: Es ist an der Zeit, auch über die moralischen Grundlagen unserer Beziehungen zu Israel einerseits und zu den Palästinensern andererseits gründlicher nachzudenken. Das Manifest hatte Deutschlands moralische Verantwortung gegenüber den Palästinensern ausschließlich auf Deutschlands Rolle in der kausalen Verursachung von deren Vertreibungen etc. gestützt. Das ist eine zu enge Basis. Pflichten haben wir nicht nur nach dem Verursacher-Prinzip. (Ertrinkende Kinder müssen wir auch dann retten, wenn wir sie nicht selber ins Wasser geworfen haben.)

Das zweite Argument für Deutschlands Holocaust-generierte Verantwortungen gegenüber den Palästinensern, das sogenannte Rechtfertigungs-Argument, ist erneut ein Kausalitäts-Argument. Es lautet:

„Ohne den Holocaust ... würde die israelische Politik sich nicht berechtigt ... sehen, sich so hartnäckig über die Menschenrechte der Palästinenser hinwegzusetzen“ (S. 370, Mitte des ersten Absatzes).

Diese Behauptung ist wohl zutreffend. Aber als *Begründung* für eine besondere Verantwortlichkeit Deutschlands gegenüber Palästinensern taugt *diese* Behauptung trotzdem nicht. Das wäre nur dann der Fall, wenn aufgrund des Holocaust die israelische Politik *tatsächlich* berechtigt wäre, „sich ... über die Menschenrechte der Palästinenser hinwegzusetzen.“ Dem ist aber nicht so. Dass die „israelische Politik“ das anders *sieht*, reicht nicht. Wenn der Holocaust zur Rechtfertigung solcher Menschenrechtsverletzungen herhalten muss, ist das ein Missbrauch desselben.

Kurz: In meiner Kopie des Manifests habe ich dieses Argument inzwischen gestrichen. Tun Sie das, wenn Sie meiner Argumentation folgen, bitte in Ihrem Exemplar auch.<sup>vii</sup>

**Zur Frage 1:** Ist es wirklich „sinnvoll ...“, die „freundschaftliche Beziehung“ [...] weiterhin als [eine] „besondere“ [...] zu pflegen?“ Gegner des Manifests werfen uns Revisionismus vor, die Leugnung der Besonderheit der deutsch-israelischen Beziehungen. Der Zentralrat der Juden in Deutschland soll sogar von einer Neuauflage der so genannten Schlussstrichdebatte gesprochen haben.

Und in der Tat: Das Manifest selber beantwortet seine Frage Nr. 1 mit einem klaren Nein. Allerdings – und das haben die Gegner voll ignoriert: Die Frage, die vom Manifests tatsächlich gestellt wurde, ist eine viel engere: Nämlich die, ob es „sinnvoll“ sei, die freundschaftliche Beziehung“ [...] weiterhin als [eine] „besondere“ *im [oben] angedeuteten Sinne* zu pflegen<sup>viii</sup> – wobei dieser „Sinn“ unmittelbar vorher (S. 367, erster Absatz) ausführlich so erklärt worden war:

„Diese Besonderheit [der deutsch-israelischen Beziehung] lässt sich auf der deutschen Seite nach unserer Wahrnehmung im Wesentlichen wie folgt charakterisieren:

Deutschland hat sich angesichts der Ungeheuerlichkeit des Holocaust und der prekären Lage Israels uneingeschränkt für Existenz und Wohlergehen dieses Landes und seiner Bevölkerung einzusetzen, unter anderem durch Lieferung von staatlich geförderter hochwertiger Waffentechnologie auch dann, wenn Israel gegen internationales Recht und die Menschenrechte verstößt und sich im Kriegszustand befindet; Kritik an israelischen Handlungsweisen sollte ... besser unterbleiben, solange die Existenz dieses Landes nicht definitiv gesichert ist.“<sup>ix</sup>

Um es auf den Punkt zu bringen: Waffenexporte in Kriegs- und Spannungsgebiete sind nach deutschem Recht verboten.<sup>x</sup> Das Manifest fragt also letztlich danach, ob Deutschland mit seinen Waffenlieferungen selbst weiterhin gegen eigenes Recht verstoßen darf; und ob es auch die israelischen Verstöße gegen internationales Recht und die Menschenrechte weiterhin schweigend hinnehmen und damit billigen darf bzw. gar soll. Aus dem Manifest folgt ein klares Nein.

Leider hat es unser ‚Memorandum‘ aber vermieden, die wirklich entscheidende moralische Kernfrage auch ganz explizit anzusprechen und dann auch explizit zu begründen. Die Kernfrage, mit der ich diese Reflexionen über das 25er Manifest dann auch beschließen möchte, ist: Gilt dieses Nein auch „angesichts des Holocaust“?

Es ist das Verdienst Micha Brumliks, diese Frage weiter auf die Spitze getrieben zu haben. Sein Beitrag „Universalismus, Selbsthass oder jüdischer Antisemitismus. Der Streit um die richtige Solidarität mit Israel“ (Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/2007, S. 419 ff.) gipfelt in der Frage: Gilt ein solches Nein auch angesichts eines zweiten Holocaust?

Das ist eine extrem harte, weil extrem schwerwiegende und – vielleicht entgegen Brumliks Ansicht – auch eine extrem schwer zu entscheidende Frage.

Wieder einmal rächt es sich, dass man solchen harten Fragen immer wieder viel zu lange ausweicht. Dass diese Frage erst jetzt – bzw. gerade jetzt – auf den Tisch kommt, das macht sie von einem Stück extrem effizienter Propaganda für den bereits geplanten Präventivschlag gegen den Iran fast ununterscheidbar. In Brumliks Artikel ist die Frage schon entschieden. (Dass ‚der Westen‘ den Iran über kurz oder lang angreifen *wird*, das glaube ich auch. Aber ich würde dies nicht auch noch dadurch zu einer *self-fulfilling prophecy* machen wollen, dass ich unsere Führer mit der Rechtfertigung ihrer Prämissen in ihrer Vorabentscheidung auch noch bekräftige.)

Aber diese Faktenfrage ist jetzt nicht unser Problem. Unsere Frage ist bzw. sollte sein: Was sagen unsere eigenen moralischen Überzeugungen zu der Frage: Wie weit gehen unsere Holocaust-induzierten Pflichten gegenüber Israel wirklich?

Um über diese Frage wirklich Klarheit zu gewinnen, müssen wir uns jetzt regelrecht dazu zwingen, zwischen den (echten oder vermeintlichen) Tatsachen einerseits und der normativen Kernfrage andererseits strikt zu unterscheiden. Bitte zwingen Sie sich jetzt selbst, alles, was Sie über die derzeitige Iran-Situation zu wissen glauben, einfach einzuklammern, einfach ‚außen vor zu lassen‘. Unsere moralische Kernfrage ist jetzt (noch) keine Tatsachen-Frage, sondern nur eine „was wäre, wenn“-Frage.

Angenommen, es würde nicht nur propagandistisch, sondern wirklich um die Existenz Israels gehen – und zwar, genauer gesagt; nicht nur um die Weiterexistenz von dessen jetziger vergänglicher Staatsform, sondern wirklich um das physische Überleben von dessen derzeit zu etwa 80 % jüdischer Bevölkerung. Konkret: Was wäre, wenn der von Brumlik zitierte Historiker Benny Morris mit seiner Prognose (aus seinem Artikel „Der zweite Holocaust“) wirklich recht hätte: „Die Iraner ... werden ihre Raketen zünden. ... Für Israel wird alles in ein paar Minuten vorbei sein.“<sup>xi</sup>

Wenn sich Israel, die Menschen in Israel, wirklich nicht anders retten ließen, was zählte für uns in dieser Ausnahme-Situation ein weiterer Verstoß gegen das Völkerrecht? Wäre ein Präventivschlag des Westens oder Israels in so einem Fall überhaupt ein echter Verstoß?

Ich bin mir absolut sicher, wie *jede* derzeit denkbare deutsche Regierung diese Fragen, wenn es wirklich darauf ankommt, letztlich beantworten würde. Mit einem klaren und eindeutigen Votum für die (angebliche) Sicherheit Israels. Und damit für einen Angriff auf den Iran. Wenn das Argument „Nie wieder Auschwitz!“ schon im Kosovokonflikt Deutschlands ehemalige Pazifisten über Nacht zu gegen das Völkerrecht votierenden Bellizisten mutieren ließ – völlig ausgeschlossen, dass Deutschland anders reagiert, wenn es um die Rettung Israels geht. Israels Sicherheit gehört, wie jeder weiß, zu Deutschlands Staatsraison.

So ist das. Und so wird das, wie auch Brumlik sieht, wohl auch kommen. Aber unsere Frage bleibt eine normative: Wäre diese Entscheidung auch die moralisch richtige?

Beachten Sie bitte: Sie können sich dem harten Zwang dieser Frage jetzt nicht dadurch entziehen, dass Sie sagen „Aber so, wie hier unterstellt, schätze ich die Lage nicht ein, insbesondere nicht, was die Vernichtungsabsicht des Iran mit Blick auf Israel angeht.“ Denn um die Frage überhaupt so hart stellen zu können, haben wir schon (möglicherweise und hoffentlich kontrafaktisch) vorausgesetzt, dass diese Lage genau so und nicht anders tatsächlich *ist*.

Ich werde an dieser Stelle nicht den Versuch machen, diese härteste aller harten Fragen auch nur für mich – geschweige denn auch für Sie – zu beantworten. Auch nicht die Frage, ob uns bei meinem bzw. unserem Versuch unsere Lehren aus dem (ersten) Holocaust wirklich helfen würden. Denn auch dazu müsste bereits die folgende allgemeinere Frage schon beantwortet sein: Was folgt denn aus „Nie wieder Auschwitz!“ wirklich? Und nicht einmal diese Frage scheint mir bislang zufrieden stellend beantwortet zu sein. Sie wird ja auch so gut wie nie auch nur gestellt.

„Nie wieder Auschwitz!“ Was heißt das? Man kann diese Frage sowohl deskriptiv als auch normativ verstehen; als Frage danach, wer welche Schlüsse aus diesem Mantra zieht; aber auch als Frage danach, welche Schlüsse gezogen werden sollten, d.h., welche Schlüsse in moralischer Hinsicht die richtigen sind.

Für den deskriptiven Teil kann man mit Michael Wolffsohn feststellen:<sup>xii</sup> Die deutsche Lehre aus Auschwitz ist: *Nie wieder Täter*. (Jedenfalls galt diese Lesart bis zum Kosovokrieg.) Die jüdische Lehre hingegen ist: *Nie wieder Opfer*.

Als Deskription mag das richtig sein. Aber sind diese Haltungen auch die moralisch richtigen?

Der einzige, der sich mit dieser Frage in der von mir organisierten Ringvorlesung DEUTSCHLAND/ISRAEL/PALÄSTINA wirklich auseinandergesetzt hat, war der Physiker, Geigenbauer und Auschwitzüberlebende HAJO MEYER.<sup>xiii</sup> Er ergänzt die beiden Alternativen:

- (D) Nie wieder Täter!
- (I) Nie wieder Opfer!

um die moralische Äquivalenz seiner eigenen Lebenserfahrungen:

(HM) Nie (so werden) wie die Täter!

Welcher Maxime würden Sie folgen wollen? Das ist eine der Entscheidung, die uns kein anderer abnehmen kann.

„Nie (so werden) wie die Täter“ – das bezieht Hajo Meyer keineswegs nur auf die KZ-Täter (1941-45). Er meint auch all die, die schon vor 1941 die Würde und die Menschenrechte von Juden und anderen mit Füßen getreten hatten. Ich zitiere aus der Leipziger Vorlesung von Hajo Meyer vom 23.20.2005:

„Wir Juden dürfen nie so werden wie unsere Unterdrücker. Sonst haben diese doch noch den Sieg über uns errungen; denn deren Ziel, von Vertreibung und späterer Vernichtung abgesehen, bestand ja gerade darin zu beweisen, dass wir minderwertig sind. Gibt man ihnen derart viel Recht, indem eine so große Fraktion der heutigen Juden praktisch kritiklos hinter der israelischen Unterdrückungspolitik steht, dann raubt man damit auch dem Tod der Opfer des Holocausts jeglichen Sinn. ... die Sinngebung des Sinnlosen [sollte] im Judentum eine völlig andere sein.“<sup>xiv</sup>

**Zur 3. Frage:** Was bedeutet das Aufwerfen solcher Fragen durch das Manifest – und natürlich auch durch andere Initiativen – „für den binnendeutschen Diskurs“?

Nun, diese Frage beantwortet dieser Diskurs wohl am besten selbst.

---

<sup>i</sup> Zur Langfassung siehe: [www.fr-online.de/in\\_und\\_ausland/dokumentation/?em\\_cnt=1009679](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/dokumentation/?em_cnt=1009679) ; Abdruck in: Georg Meggle (Hrsg.), *Deutschland, Israel, Palästina. Streitschriften*, Hamburg (Europäische Verlagsanstalt), 2007 (i.F. kurz: GM (DIP)), S. 367-375.

Siehe auch die von Reiner Steinweg im Auftrag des „Forum Crisis Prevention“ herausgegebene „Dokumentation: Das „Manifest der 25“: „Freundschaft und Kritik“ und die darauf folgende Debatte“: [www.kircheundgesellschaft.de/akademie/documents/tg1611\\_reader.pdf](http://www.kircheundgesellschaft.de/akademie/documents/tg1611_reader.pdf); ab Juli 2007 in erweiterter Form unter <http://www.crisis-prevention.info>.

<sup>ii</sup> [www.schalom5767.de/petition.php](http://www.schalom5767.de/petition.php).

<sup>iii</sup> In: GM (DIP), S. 377.

<sup>iv</sup> Obwohl ich diese Prämisse nicht für absolut evident ansehe. Warum soll die Pflicht gegenüber dem Staat Israel bestehen und nicht einfach gegenüber der Judenheit in toto? Weil Israel für sich beansprucht, für die gesamte

---

Judenheit zu sprechen und zu handeln? Aber warum sollte das Recht auf *diesen* Anspruch aus dem Holocaust folgen? Der Holocaust traf Juden als solche, nicht speziell die Zionisten unter ihnen.

<sup>v</sup> Zitiert auch in dem im übernächsten Absatz erwähnten Beitrag von Gert Krell.

<sup>vi</sup> Ich verallgemeinere mit diesem gekürzten Zitat gegenüber Krell sehr stark. Bei ihm sind die genannten Sorgen nur gekennzeichnet „als Grund für Anfragen an ein befreundetes Land, dem sich Deutschland aus verschiedenen Gründen besonders verbunden fühlt.“

<sup>vii</sup> Nachtrag vom 20.06.07: Reiner Steinweg hat mich heute darauf aufmerksam gemacht, dass unser Manifest hier keineswegs auf eine *Rechtfertigung* abhebt, vielmehr nur die *Sicht Israels* expliziert, d.h. sich lediglich um ein tieferes *Verständnis* dieser Sicht bemüht. Dieser Lesart schließe ich mich gerne an – und habe so die schon ‚gestrichene‘ Stelle wieder in meinen Text aufgenommen. Ein schönes Beispiel, wie die Diskussion auch unter den Manuskript-Autoren selbst weitergeht – und wie schwierig es ist, 25 Meinungen unter einen Hut zu bekommen.

<sup>viii</sup> Kursivsetzung von mir.

<sup>ix</sup> Es ist nicht uninteressant, dass diese Worte, die hier *expressis verbis* betreffende „Besonderheit“ nur „auf der deutschen Seite aus unserer Wahrnehmung“ ausdrücken sollten, von einigen Lesern sogar der israelischen Außenministerin in dem zuvor genannten Interview selbst in den Mund gelegt worden sind. Siehe z.B. den Leserbrief von Volker Czapinski in der in Fußnote i) oben genannten Dokumentation, S. 14.

<sup>x</sup> Wie Berthold Meyer, Frankfurt, in seinem Tagungsbeitrag (Podiumsdiskussion vom Sonntag-Vormittag, 13.05.07) dargelegte, gelten diese ehemaligen deutschen Selbstbeschränkungen infolge der Anpassung an die sehr viel ‚liberaleren‘ europäischen Bestimmungen inzwischen nicht mehr.

<sup>xi</sup> [www.welt.de/print-welt/article706570](http://www.welt.de/print-welt/article706570).

<sup>xii</sup> So in seiner Vorlesung vom 08.05.2005 in der Leipziger Universitätsringvorlesung *Deutschland/Israel/Palästina*. Wolffsohns Beitrag konnte leider nicht in den Dokumentationsband GM (DIP) – s. oben Anmerkung 1 – aufgenommen werden. Siehe dort aber meinen Bericht über diese Vorlesung, § 5.4., S. 357 f.

<sup>xiii</sup> Siehe GM (DIP), *Das Ende des Judentums*, S. 291 ff.

<sup>xiv</sup> a.a.O., S. 303.